

Beschlußempfehlung und Bericht **des Innenausschusses (4. Ausschuß)**

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
— Drucksache 12/6852 —

Entwurf eines Gesetzes zu dem Europäischen Übereinkommen vom 16. Oktober 1980 über den Übergang der Verantwortung für Flüchtlinge

A. Problem

Das Übereinkommen will Schwierigkeiten bei der Auslegung der Bestimmungen der Genfer Konvention vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge beseitigen, die die Ausstellung von Reiseausweisen für Flüchtlinge betreffen. Zu diesem Zweck trifft das Übereinkommen Regelungen für den Übergang der Verantwortung auf einen anderen Staat in Fällen von Wohnortwechsel und Niederlassung von Flüchtlingen.

Das Übereinkommen löst verschiedene differierende bilaterale Abkommen ab. Es trägt zur Rechtsvereinfachung im Bereich der Mitgliedstaaten des Europarates bei.

B. Lösung

Annahme des Gesetzentwurfs.

**Einstimmigkeit im Ausschuß in Abwesenheit der Gruppen BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN und PDS/Linke Liste.**

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Die Länder werden mit geringfügigen nicht bezifferbaren Mehrkosten durch die Ausstellung von Reiseausweisen belastet. Für den Bund werden keine Kosten entstehen.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf der Bundesregierung — Drucksache 12/6852 —
anzunehmen.

Bonn, den 21. Juni 1994

Der Innenausschuß

Wolfgang Lüder

Stellvertretender Vorsitzender

Erika Steinbach

Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast

Berichterstatterinnen

Cornelia Schmalz-Jacobsen

Bericht der Abgeordneten Erika Steinbach, Cornelia Schmalz-Jacobsen und Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung wurde in der 213. Sitzung des Deutschen Bundestages am 3. März 1994 an den Innenausschuß zur Beratung überwiesen.

Der Innenausschuß hat die Drucksache 12/6852 in seiner 100. Sitzung am 15. Juni 1994 beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Frak-

tion der SPD in Abwesenheit der Gruppen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS/Linke Liste beschlossen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Zwischen den Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD bestand Einigkeit hinsichtlich der Billigung der mit dem Gesetzentwurf angestrebten Zielsetzung.

Bonn, den 21. Juni 1994

Erika Steinbach

Cornelia Schmalz-Jacobsen

Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast

Berichterstatterinnen